

Politik

Deutschland, einig Klüngelland

AGENDA DEUTSCHLAND Das Land der Tabus Der Kanzler will "keine amerikanischen Zustände". Aber will er die eisernen Tarifverträge? Das Dauerbündnis zwischen Bürokratie und Interessengruppen? Der Glanz des einst erfolgreichen "Systems Deutschland" ist verblichen, der "soziale Frieden" in Wahrheit ein Frieden der Lähmung: Die Besitzstandswahrung der Mächtigen / Josef Joffe

Warum fällt diesem Land der Wandel so schwer? Ein paar Beispiele. Da kommt einer, ein Ausländer, der das verharzte deutsche Kabelnetz modernisieren will. Mehr Programme, mehr Telefonie, mehr Speed im Internet statt der lächerlichen 720 KB, die der weißblonde Android Robert T-Online feilbietet. Lauter feine Sachen, doch Kartell- und Kanzleramt ziehen die Zugbrücke hoch. Der Mann könnte doch mit

seinem eigenen Fernsehangebot (neudeutsch: Content) die anderen verdrängen, ihnen gar die Datenautobahn sperren. Dass ein großmächtiges Oligopol - die Öffentlich-Rechtlichen, Bertelsmann, Kirch - über 90 Prozent des Marktes kontrolliert, fällt unter den Tisch. Ebenso, dass die Telekom mit 95 Prozent faktisch ein Monopol im Ortsnetz besitzt.

Da kommt ein anderer Ausländer und will in den maroden Kirch-Konzern eindringen. Der wäre erst gar nicht so marode geworden, wenn er sich nicht auf den "Rheinischen Kapitalismus" hätte verlassen können: auf Landesbanken, die ihm (Stichwort: Standortpolitik) noch eine Milliarde in der Not zuschießen, auf einen freundlichen Club von Großbanken, der dem Magnaten über Jahrzehnte hinweg den unangenehmen Umgang mit Aktionären erspart hat. Der Kanzler, heißt es, wünsche eine "nationale Lösung". Ein zweites Tor schlägt zu.

Das neue deutsche Übernahmegesetz? Es gibt dem Vorstand das Recht, eine "feindliche Übernahme" abzuwehren, ohne die Aktionäre konsultieren zu müssen. Die EU-Kommission murrte, doch wieder spricht der Kanzler ein Machtwort: Es dürfe nichts geschehen, was VW in die Fänge nicht genehmer Außenseiter treiben könnte. Ein Fünftel davon gehört Niedersachsen, also dem Staat. Und der wird sich nicht dem Markt unterwerfen.

Aber reden wir nicht nur von Großkapitalisten. Reden wir auch von den ganz kleinen oder genauer: den Möchtegernkapitalisten, die als Zuwanderer "getarnt" zuhause in unser Land streben, weil es sich hier besser lebt. Wir wollen sie reinlassen, aber nicht wirklich. Wir wollen ihre Köpfe und Hände, weil uns die Ingenieure und Krankenschwestern ausgehen. Aber nicht ihre Leiber. Die könnten doch ihre Familien mitbringen, ihre merkwürdigen Sitten und Sprachen. Vor allem wären sie bereit, härter, länger und billiger zu arbeiten, ihre Läden rund um die Uhr zu öffnen - eben den klassischen Vorteil von Einwanderern auszuspielen, wie es heute Pakistanis in London, Koreaner in New York tun. Oder vorgestern die osteuropäischen Juden, die in den sweatshops der Lower East Side schufteten und dann ihre Söhne an die Columbia-Universität uptown schickten.

Devise: Konkurrenzabwehr
Sorry, das geht bei uns nicht: siehe Ladenschluss, siehe eiserne Tarifverträge, die Hochlöhne auch für Arbeit mandatieren, deren Ertrag die verfügbaren Kosten nicht

deckt. Folge: Der Neue verschwindet auf dem Schwarzen Markt, wo er seine Arbeit zu dem Preis anbieten kann, den der Abnehmer zu zahlen bereit ist. Wer kennt sie nicht - die polnische Putzfrau, die weder Steuern noch Sozialabgaben zahlt. Schlimmer noch: Wer kennt nicht die großen Unternehmen von A (wie Auto) bis Z (wie Zulieferer), die ganz legal verschwinden, die zwei Drittel ihres Umsatzes im Ausland machen? Und dies nicht nur um des Standortvorteils willen, sondern weil es draußen billiger und schneller geht. In Deutschland dauert es im Schnitt 23 Tage, eine neue Privat-GmbH durch die Behörden zu lotsen, in England nur eine Woche. Die Devise lautet "Konkurrenzabwehr". Und die bedeutet: Wandelabwehr. Es möge alles so bleiben, wie es ist. "Wir wollen keine amerikanischen Zustände", beteuert der Kanzler bei jeder Gelegenheit. Damit spricht er zwei ungeschriebene Gesetze der deutschen Verfassung aus. Erstens: Es darf sich nichts ändern. Zweitens: Wenn es überhaupt nicht anders geht, gilt der

Quelle: ZEIT

ZEIT

Donnerstag

07.03.2002

Nr:

11

Seite:

3

Entschädigungsvorbehalt, müssen die Verlierer des Wandels Kompensation kriegen. Das addiert sich zurzeit auf Subventionen für das Gewesene in Höhe von 60 Milliarden Euro. Und jeder Cent davon fehlt für das Neue. Zieht man den Subventionsbegriff weiter, wie es das Kieler Institut für Weltwirtschaft getan hat, addiert man dazu alle anderen Hilfen - etwa für staatliche oder halbstaatliche Produzenten wie Kliniken oder Kultureinrichtungen -, steigt die Summe auf 145 Milliarden.

Es darf keine Verlierer des Wandels geben, also verliert der Wandel. Einspruch! Dass die Kumpel weiter im Ruhrpott leben, die Bauern weiter an der Scholle kleben, hat doch kein paternalistisch gewirkter Diktator entschieden; das waren doch wir alle! Richtig, aber wer sind "wir alle"?

Eben nicht wir alle, sondern nur jene, die in dieser Gesellschaft etwas zu sagen haben, sprich: in einer kritischen Masse organisiert sind. Das sind die Bauern, aber nicht die Käufer im Supermarkt. Das sind die Gewerkschaften, aber nicht die Arbeitslosen. Das sind die Vorstände, aber nicht (wirklich) die Aktionäre, deren Revolten auf den Hauptversammlungen regelmäßig erstickt werden. Das sind die Innungen, aber nicht die Einzelwerkler, die liebend gern alle Arbeiten im Haus - vom Wasserrohr bis zur Tapete - übernehmen würden; doch verbieten ihnen das multitasking Gewerbe- und Handwerksordnungen, die ins Mittelalter zurückreichen. Das sind, gut organisiert, die Ladenbesitzer und ihre Angestellten, aber nicht jene Millionen, die nach der Arbeit hektisch das Abendbrot in den Regalen zusammenraffen müssen, weil ab 19.40 Uhr schon die Wursttheke gereinigt wird.

"Wir alle", das sind in Wahrheit nur "wir Organisierten", die ein

Vetorecht über die Entscheidungen des Ganzen errungen haben. Ihr Motto ist "Konsens" - eine feine Sache, wenn man die Alternativen wie Königtum oder Diktatur bedenkt. Doch die dunkle Seite dieser Medaille ist der Korporatismus. Der Wirtschaftswissenschaftler Herbert Giersch hat dieses Grundprinzip des "Systems Deutschland" so beschrieben:

"Im Prinzip gilt für den Korporatismus: Statt auf die Koordination der Einzelwirtschaften im anonymen Wettbewerb setzt er auf die Solidarität derer, die sich gegenseitig kennen, und dies auf Märkten, die gegen anonyme Außenseiter und Aufsteiger geschützt sind. Hier geht es um die Zusammenarbeit in Zünften, um die Kooperation von Kartellen, um das Zusammenwirken von Bürokratie und Interessengruppen, um die Herrschaft der Verbände. Das Entscheidende hier ist die Schließung der Märkte - durch Außenhandelsprotektion, durch Zunftzwang in jedweder Form der Außenseiterdiskriminierung."

Ganz brutal: Der Korporatismus (weiter unten als "Seilschaft" oder "Gremienherrschaft" bekannt) ist die Verschwörung der Insider gegen die Outsider, der wenigen Starken (sprich: Gutorganisierten) gegen die vielen Schwachen (die Verbraucher oder Steuerzahler). Das Ziel ist die Umlenkung der Ressourcen von "denen" zu "uns". Die Wohltaten sind materieller Art: "Staatsknete", Steuernachlässe, Lohnabschlüsse, Zugangsbeschränkungen. Und symbolischer: Anerkennung, Vorrang, Verfügungsmacht. Wenn aber Ressourcen ungleich verteilt werden, müssen Rechtfertigungsideologien her. Früher hießen die "Gottesgnadentum", "Herrschaft der Besten" oder "unsichtbare Hand des Marktes". Heute heißt diese

Ideologie "Konsens" oder, passend zum Wahlkampf 02, "Die Mitte" - ob rot oder blau gefärbt. Ein pikantes Wörtchen: Wo bleiben dann "links" und "rechts", "oben" und "unten" - also alle, die nicht in der Mitte sind? Wer repräsentiert sie?

Konkreter: Die prächtigste Ausgeburt der Konsensideologie ist das "Bündnis für Arbeit", in dem Arbeitgeber und Gewerkschaften unter der scheinbar neutralen Obhut der Regierung tagen. Tatsächlich aber ist es ein Bündnis gegen Arbeit. Die Bosse hätten am liebsten freie Hand beim Abschmelzen ihrer Lohnquote, weil Arbeit (die hiesigen Löhneplus-Abgaben sind die höchsten der Welt) zumal in schlechten Zeiten zu teuer ist. Die Gewerkschaftsbosse aber wollen noch höhere Löhne sowie Jobgarantien für alle, die einen Job schon haben. Und die Regierung wünscht den "sozialen Frieden", dies umso heftiger, je näher der Wahltag rückt.

Jeder für sich handelt rational, aber auf Kosten zweier Gruppen, die am Tisch nicht dabei sind. Einmal das stumme Heer der Arbeitslosen, die aus dem Markt "herausgepreist" werden. Zum Zweiten das ganze Volk der Steuerzahler, das dieses Heer alimentiert. In Zahlen: Die Sozialquote (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Renten etc.) betrug 1950, als es den Deutschen noch dreckig ging, 17 Prozent des Bruttosozialprodukts. 50 Jahre später, als sie zu den Reichsten der Welt gehörten, lag sie bei 34 Prozent. Die Last der "Transferleistungen" des Bürgers an den Staat, also der Steuern und Sozialabgaben, stieg von 30 auf 45 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Konsens, das ist der Konsens der Mächtigen, der sich als "Gemeinwohl" verkleidet. Aber wer achtet auf das Interesse des Ganzen? Der deutsche Mensch, auch wenn er noch nie Hegel

Quelle: ZEI

ZEIT

Donnerstag

07.03.2002

Nr:

11

Seite:

3

gelesen hat, wähnt, es sei "der Staat", der als irdischer Gott Vernunft und Gerechtigkeit verkörpere. Aber abgesehen davon, dass dieser scheinbar neutrale Staat umstellt und drangsaliert wird von den Mitgliedern des Konsenskartells, ist er zum Verführer und Selbstbediener geworden.

Der Verführer: Seit Geburt der Republik ist der Staat, ohne dass je ein Staatsanwalt eingegriffen hätte, zum Dealer und das Volk zu Junkies geworden. Er hat 1950 nur 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben, verteilt jetzt fast die Hälfte. Wie darf man diesen Sprung interpretieren? "Vater Staat" hat seinen Kunden mit ausgebreiteten Armen signalisiert: Warum kommt ihr nicht zu mir und wälzt immer mehr Kosten auf die Allgemeinheit ab? Für die Risikovorsorge, die Studiengebühren, den Kuraufenthalt, die Fortbildung, die Altersteilzeit, den Transrapid, "Industriepolitik" überhaupt - vom Eurofighter bis zur Werksansiedlung im deutschen Nahen Osten, den fünf neuen Ländern.

Konsens der Starken
Wie ein Dealer betreibt der Staat "angebotsorientierte Politik", derweil die Kundschaft freudig zugreift und immer süchtiger wird. Selbst die viel gepriesene "Bürgergesellschaft" verhält sich systemkonform. Erst wird eine Initiative gegründet, dann folgt der Antrag an die Behörden: Wir hätten gern einen Raum im Rathaus, außerdem einen Zuschuss, um unser hehres Anliegen zu verwirklichen. Wie ein echter Junkie aber checkt der Konsument der Droge Staat, scheinbar rationalem Interesse folgend, die wahren Kosten nicht. Die schlagen sich in der wachsenden Staats- und Abgabenquote nieder. Schlimmer noch: Nicht nur das

Vorstandsmitglied, sondern auch seine alleinstehende Sekretärin führt inzwischen die Hälfte vom Brutto an den Großen Fürsorger ab. Der Staat als Selbstbediener: Marx und Engels kannten zwar "staatstragende Klassen" - Adel und Bürgertum -, aber noch nicht die "vom Staat getragene Klasse". Denn zu ihren Zeiten hat der Staat vielleicht 10 Prozent vom Bruttosozialprodukt verteilt, nicht 50 wie heute. Entsprechend minimalistisch sah denn auch der Öffentliche Dienst aus. In Westdeutschland aber hat er sich auf wundersame Weise vermehrt: von etwas über zwei Millionen 1950 auf knapp fünf zur Zeit der Wende. Dann legte die vom Staat getragene Klasse gesamtdeutsch noch einmal um eine Million zu, um heute wieder bei fünf Millionen zu landen. Doch trägt diese Zahl. Wenn der Staat gut die Hälfte des Sozialprodukts ausgibt, versorgt er logischerweise die knappe Hälfte der Republik. Das sind nicht nur die Rentner und Arbeitslosen. Den fünf Millionen im Öffentlichen Dienst müssen (wiewohl statistisch schwer fassbar) all jene zugerechnet werden, deren Lebensunterhalt indirekt vom Staat (mit)finanziert wird, also vom Bauern über den Sachbearbeiter der kirchlichen Wohlfahrt bis zum Kulissenschieber im städtischen Theater.

Auch die vom Staat getragenen Klassen handeln rational: Sie wollen keinesfalls, dass der Staat schrumpft, würde das doch den Trog leeren, an dem sie sich laben. Was Wunder, dass ihre Mitglieder fleißig danach streben, das Angebot an öffentlichen Wohltaten und sich selbst zu vermehren. Oder sich Regulierungen auszudenken, die neue Sachbearbeiter erfordern. Dazu braucht man keine Sozialdemokraten. In den letzten zehn Jahren der Ära Kohl entstanden fast genauso viele Gesetze wie in den 40 Jahren davor.

Ein klassisches Beispiel "angebotsorientierter Politik": Einem Kleinunternehmen, das Schnaps, Bier und Wasser verkauft, wird von der Stadt die Pacht gekündigt. Denn ein neues Seniorenzentrum muss her. Nach aufwändiger Renovierung erscheint ein Aufruf (nebst Preisausschreiben) im Anzeigenblättchen des Viertels: Wie das Zentrum nennen, welche Programme anbieten? Kurzum, es gab keine Nachfrage, weil schon reichlich Seniorentreffs in der Nachbarschaft herumstanden. Ansonsten hat es prächtig funktioniert. Zwei Privatjobs waren perdu, fünf für die vom Staat getragenen Klassen gewonnen. Konsens, Kartelle, Korporatismus: Ist nicht Deutschland gut damit gefahren - vom Wirtschaftswunder bis zum sozialen Frieden (dessen Beschwörung oft nur die Botschaft ausstrahlt: "Keine Besitzstände antasten!")? Ja, aber nichts scheitert schneller als der Erfolg, denn der gebiert erst Selbstgefälligkeit, dann Erstarrung. Inzwischen hören es die Deutschen aus allen Kanälen unter der Überschrift "Schlusslicht D". Ganz frisch (im dürren Bürokraten-Englisch) von der EU-Kommission am 21. Februar: "Es fehlt noch immer eine umfassende Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe", spricht: Die Zahlungen sind zu großzügig und langfristig, um den Empfänger zur Arbeitssuche zu ermuntern. "Mehr muss getan werden, um Lohnstrukturen zu schaffen, die Produktivitätsunterschiede getreulich abbilden", will sagen: Am Standort D sind die Lohnspreizungen zu schmal, um niedrig qualifizierte Arbeit für den Unternehmer erschwinglich zu machen. Beide Monita zusammen flüstern: Es hilft nichts, den Arbeitslosen vom warmen Ofen der "Stütze" zu vertreiben, wenn draußen die Jobs fehlen, die von zu

Quelle: ZEIT

ZEIT

Donnerstag

07.03.2002

Nr:

11

Seite:

3

hohen und gleichförmigen Tariflöhnen vernichtet worden sind. Schließlich: "Kein Fortschritt wurde bei der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte erreicht."

Das haben die Deutschen auch von IMF und OECD gehört, Institutionen, die man auch bei verschärfter Böswilligkeit nicht als Propheten des Manchester-Kapitalismus verteufeln kann. Aber die Deutschen, ob unter Kohl oder Schröder, rühren sich nicht, derweil die strukturelle (nicht bloß die konjunkturelle) Arbeitslosigkeit wächst, derweil das Produktiv- und inzwischen auch das "Humankapital" ins Ausland verschwindet. Die besten deutschen Studenten zieht es nach Amerika und England; 500 von ihnen studieren derzeit an der London School of Economics. Und gesurft wird maximal mit 720 KB, weil Robert T-Online es so will.

Endlos variiert lautet die Botschaft: Es geht eben nicht so weiter wie bisher. Dabei wussten und konnten es die Deutschen vor einem halben Jahrhundert viel besser. Da konnten sie sich mit fantastischem Wachstum brüsten, da haben sie in Windeseile ein zerstörtes Land wieder aufgebaut. Warum? Weil sie Glück im Unglück hatten. Weil nach zwei Weltkriegen und zwei Währungsreformen (1923 und

1948) das Unterste zuoberst gekehrt worden war, weil alte Besitzstände und Machtstrukturen umgepflügt worden waren. Der Boden bestand aus gelockertem Humus, nicht aus gegossenem Beton. Doch je reicher und erfolgreicher die Deutschen, desto zittriger klammerten sie sich an ihre Besitzstände, desto mehr riefen sie nach "Berechenbarkeit", staatlicher Fürsorge und kollektiver Absicherung. Und: "Alle Macht den Korporationen!"

Müßig zu erwähnen, dass die Traumata des frühen 20. Jahrhunderts ein zu hoher Preis für die Wandlungsfähigkeit der Deutschen waren. Aber ohne ein friedliches Äquivalent geht es nicht mehr. Wo anfangen?

Man könnte sich erträumen, dass der Kanzler ein Jahr lang keine Gespräche von Verbandsfürsten annimmt, dass die Beamten und Funktionäre, die zu zwei Dritteln den Bundestag füllen, sich ein Jahr lang von allen Abstimmungen fern halten, welche die Belange ihrer Gruppen berühren, dass in öffentlichen Institutionen (etwa im Rundfunk) nicht Parteibuch, sondern Talent die Karrieren beflügelt, dass im Bündnis für Arbeit auch jene mitreden, die Arbeit wirklich suchen. Das aber sind Träume.

Und sonst? Marx unterschied, wie den Altvordern noch bekannt, zwischen "Sein" und "Bewußtsein", zwischen dem "Unterbau", der von Produktionsmitteln und bedingungen geprägt wird, und dem "Überbau" von Ideologie und Kultur, der manchmal überhaupt nicht zu Technologie und Wirtschaft passen will. Der "Unterbau" - das Wie, Was und Wo der Produktion - ändert sich im Sauseschritt, doch die "deutsche Ideologie" verharrt im Immersowweiter.

Sie verwechselt "sozialen Frieden" mit Besitzstandswahrung, "Konsens" mit einem Vetorecht gegen das Neue, "Berechenbarkeit" mit der Heiligsprechung des Überkommenen - und Wandel mit psychischem und materiellem Verlust. Beginnen wir also mit der "ideologischen Arbeit", wie es einst in Kaderkreisen hieß. Die Aufgabe: eine "Kultur des Wandels", die Anpassung nicht als Bedrohung verkennt - und trial and error nicht als Aufstand gegen alle bestehende Ordnung.

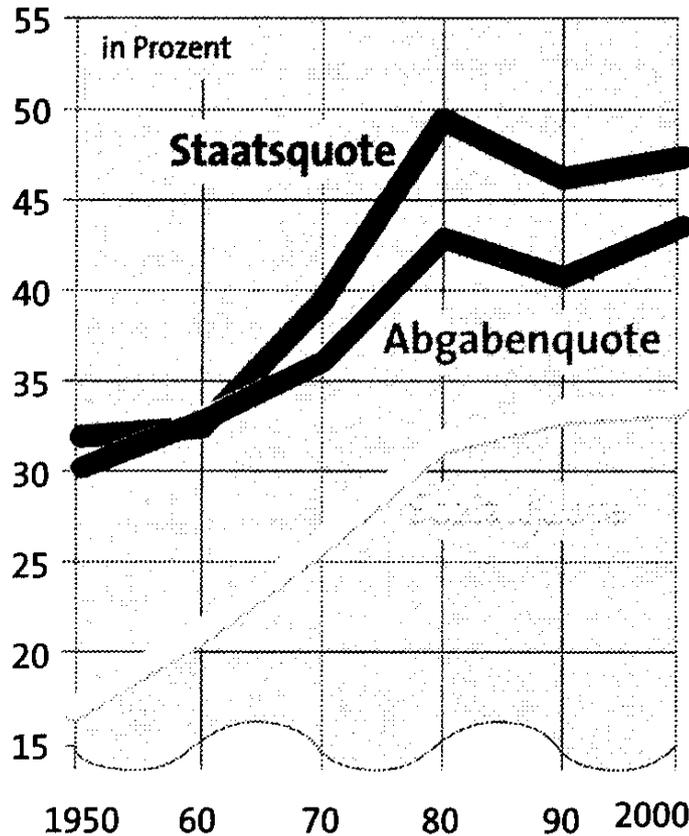
Bloß: Der Wandel hat in Deutschland keine Lobby. Noch nicht.

Josef Joffe ist Herausgeber und Chefredakteur der ZEIT /

Powered by GENIOS

Ungebremster Staat

1950 bis 2000*, Anteile am
Bruttoinlandsprodukt



*Bis 1990 früheres Bundesgebiet in der Abgrenzung des deutschen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; ab 1991 Deutschland in der Abgrenzung des ESVG 1995; 2002: Projektion Bundesministerium der Finanzen

ZEIT-Grafik/Quelle: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen Bundesministerium der Finanzen